

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

1945

Band 3

Kriegsende ohne Frieden

Band 3/126: 08.11.1945 – 31.12.1945

08.11.1945

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 8. November 1945 aus Bayern (x124/60): >>... Ausländer sind die Privilegierten im Lande. Deutsche werden von Haus und Heim verjagt. Sieger sitzen über Besiegte zu Gericht, aber Millionen werden im Osten zu Tode geschunden, Freiwild im eigenen Land. Niemand fragt danach.<<

10.11.1945

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. November 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/30-31): >>Ein richtiges Lager ist entstanden, das Flüchtlingslager Friedland. Die Zelte sind englischen Wellblechbaracken gewichen. Noch nicht entlassene deutsche Kriegsgefangene und DRK-Schwester helfen den unendlich langen, kaum versiegenden und fast nie abreißenden Strömen von Flüchtlingen, hier ein erstes Unterkommen zu finden, sich etwas auszuruhen und möglichst auch einen Zug zu erreichen, der sie mitnimmt. Irgendwohin.

In einem großen Schweinestall des Universitätsgutes ist eine Behelfsküche eingerichtet worden, in der Suppen und Kaffee gekocht werden. ...

Kein Dorf ist diesem Ansturm gewachsen. Der winzige Flecken Friedland erst recht nicht. ...

Der erste Mensch wurde im Lager geboren, die ersten sind nun auch gestorben. In der Zeit vom 4. bis zum 10. November gab es nicht weniger als 5 Tote. Todesursache: Erschöpfungszustand, Herzschwäche, Fluchtstrapazen.

Bis hierher sind sie gekommen. Bis zu diesem fremden Ort, von dem sie nie in ihrer ostdeutschen Heimat gehört hatten, wurden sie von den müden und wunden Füßen geschleppt. Bis Friedland hatte das Herz alle Anstrengungen ungewohnter Art ertragen. Nun aber ging es nicht weiter. Der Tod kam und sagte "Halt". Niemand konnte sie nun jagen, wohin es gefiel. Niemand vermochte ihnen zu befehlen, das Bündel aufzunehmen und wieder weiter zu wandern, immer weiter. Wohin eigentlich? Keine Behörde und keine Uniform hat über diese mehr zu verfügen. Sie gehorchen einfach nicht mehr. Ein Stärkerer als alle Gewaltigen der Welt kam und nahm sie in seine Arme. Fast liebevoll. Als wollte er ihnen den weiteren, dornigen Weg ersparen.

Sie starben fern der Heimat, die sie so sehr geliebt hatten. Sie starben, kaum daß jemand Notiz nahm. Keine Zeitung meldete ihren Tod. Es wurde überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Denn sie waren Flüchtlinge, einfache Menschen irgendwo aus einer ostdeutschen Provinz.

... Sie wurden in Friedland beerdigt, als bereits lange alle Kanonen schwiegen, aber noch immer Siegesfeiern veranstaltet werden. ...<<

11.11.1945

Berlin: Paradeformationen der alliierten Truppen feiern am 11. November 1945 im Berliner Tiergarten die Einweihung eines Ehrenmals der Roten Armee (x116/90).

WBZ: In Frankfurt wird am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm

"Die Todesmühlen" gezeigt.

Im Begleittext des Films heißt es (x116/113): >>Über 300 Lager: Todesfabriken, eins wie das andere, 20 Millionen Tote.

Tote in Nordhausen, verhungert und erschossen. Oft genug noch Lebende, oder besser, nur Halbtote achtlos unter die Leichen geworfen. Tote ... in Dachau: verbrannt, vergast, verhungert; in Auschwitz, vergast, erschossen und verhungert, und neben den gemordeten Müttern die Leichen neugeborener Kinder; in Ebensee verhungert; in Belsen verhungert und erschossen; in Mauthausen vergast, verhungert und erschossen; in Leipzig: verkohlt an den Hochspannungsdrähten ... –

Von den vielen Millionen überlebten nur wenige die Jahre der Pein.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über den US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" (x025/146-147): >>Als man 1945 daran ging, im Rahmen des amerikanischen Umerziehungsprogramms den KZ-Film "Todesmühlen" für das deutsche Publikum zusammenzustellen, vermerkte der Bericht des zuständigen Kriegsinformationsamtes vom 23.02.1945, der Initiator des Projekts, ein gewisser James Pollock, sei der Ansicht, "daß die Mehrzahl der Deutschen das Ausmaß der von Deutschen begangenen Greuelthaten vermutlich wirklich nicht kenne und daß die Vorführung dieser Filme ihnen zu einem guten Teil erklären könne, warum die Alliierten sichergehen müßten, daß die Deutschen nicht noch einmal die Chance bekämen, einen Krieg anzuzetteln".

Der Schock und die spontane Entrüstung der meisten Zuschauer sprachen für Mr. Pollocks Ansicht und veranlaßten die US-Behörden zu dem Eingeständnis, daß der weitere Zweck des Filmes, nämlich "ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total verfehlt" worden sei.<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schreibt später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/191-192): >>... Als 1945 die Konzentrationslager befreit wurden, lud das Kriegsministerium der USA mehrere Hollywood-Mogule auf eine Tour nach Europa ein, darunter Harry Cohn, Jack Warner und Darryl Zanuck. Sie besuchten auch Dachau. Danach gaben sie eine gemeinsame Erklärung heraus:

Der Film könne helfen, "den Geist der Deutschen zu reinigen, ihre Haltung zu ändern und letztlich ihre Kooperation zu gewinnen". Filme seien "Frontkämpfer im psychologischen Krieg um Ideen".

Ein Produzent formulierte es später etwas flapsiger: "Donald Duck als Weltdiplomat." Washington gefiel das – Ein Senator sprach von einem "Marshallplan der Ideen".

Bereits in den fünfziger Jahren war Deutschland wieder der größte Exportmarkt für Hollywood geworden. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61): >>Die Franzosen haben die ersten 1.500 deutschen Kriegsgefangenen den Amerikanern zurückgegeben. Sie sehen wie Leichname aus den Greuellagern aus, berichten die keinesfalls deutschen Sympathien verdächtigen "Stars and Stripes":

"Vor 4 Monaten waren sie anständig ernährt und ausgerüstet nach Frankreich zur Arbeit verschickt worden. Zurückgekommen sind ausgemergelte, sieche Gestalten, von denen es kaum glaublich erscheint, daß sie noch lebensfähig sind. Ein 47jähriger mittelgroßer Graukopf wog 40 kg."

Sie haben überall gearbeitet: in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauernhöfen, Küchen usw. Im allgemeinen behandelte sie die Zivilbevölkerung freundlich, hingegen waren sie Mißhandlungen und Beraubungen durch das Wachpersonal ausgesetzt. Katastrophal wirkte sich der Hunger sowie der Mangel an ärztlicher Betreuung aus.

Der Chef des US-Gesundheitswesens, der soeben eine Rundreise durch die 4 Besatzungszonen abgeschlossen hat, schlägt vor, unsere Tagesrationen von 1.350 auf 1.550 Kalorien zu

erhöhen. Unruhen, Hungerkrawalle und Epidemien würden sonst unweigerlich die Folge sein. Für einen normal beschäftigten Erwachsenen, keinen Schwerarbeiter, gelten 2.500 Kalorien als Ernährungsminimum.

... Bedeutet US-Politik nichts als Rache an den Deutschen? ... Leider nehmen Sieger wie die Geschichte lehrt, allzu schnell die schlechten Eigenschaften der Besiegten an. ...<<

Luxemburg erhält am 11. November 1945 eine eigene Besatzungszone in Deutschland und übernimmt die deutschen Städte Bitburg und Merzig (x111/103).

15.11.1945

Schweden: Als die Absicht der Regierung bekannt wird, deutsche Kriegsgefangene an die UdSSR auszuliefern, warnt eine große schwedische Zeitung am 15. November 1945 (x130/-195): >>... Schwedens Ruhm und Ehre stehen auf dem Spiel. ...<<

18.11.1945

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat (AKR) ordnet am 18. November 1945 die Einführung der Einheitszeit an ("Zeit A" = Greenwich-Zeit plus 1 Stunde).

19.11.1945

Ostdeutschland: Nach polnisch-sowjetischen Sonderverhandlungen besetzen polnische Truppen am 19. November 1945 die westlichen Oder-Gebiete um Stettin, Pölitz und Swinemünde (x039/229).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177): >>... Kaum hatte die polnische Regierung 1945 die Oder-Neiße-Linie erreicht, da verlangte ihr Beauftragter F. Stojanowski 1946 konsequenterweise die Elbelinie einschließlich Schleswig-Holstein sowie Hamburg, Magdeburg und Dresden als Brückenköpfe links der Elbe; die Gebiete zwischen Oder und Elbe sollten als Elbestaat bzw. Lausitzstaat integrierende Teile Großpolens werden.

Wenig bekannt sind die Versuche der Jahre 1945-1947, das ganze westliche Ufergebiet der Oder unter polnische Kontrolle zu bringen. Als Teilerfolg dieser eigenmächtigen Aktionen konnten die polnischen Expansionisten die sowjetische Duldung der Annexion von Stettin und Umgebung verbuchen – immerhin 800 qkm mit einer Vorkriegsbevölkerung von 440.000 Einwohnern, ein Gebiet von dem in den Potsdamer Beschlüssen nicht die Rede war. ...<<

20.11.1945

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmt am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzt ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollen (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

WBZ: In Nürnberg beginnt am 20. November 1945 der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Das Gerichtsverfahren wird in vier Sprachen (Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) geführt.

Im Lüneburger "Bergen-Belsen-Prozeß" verurteilt ein britisches Militärgericht am 17. November 1945 elf Angeklagte zum Tod. 1 Angeklagter erhält eine lebenslängliche Zuchthausstrafe und 14 müssen für 10-15 Jahre ins Gefängnis (x111/106).

Ost-Mitteleuropa: Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa

Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen

und tschechischen Behörden schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben.

Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahme des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden grundsätzlich mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.

Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden vielerorts von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.

In erster Linie wurden besonders lästige Elemente (arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche) ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die z.B. in der Versorgungswirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerke), in Krankenhäusern und Fabriken benötigt wurden, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.

Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende.

Diese Vertreibungskatastrophen wurden in der Nachkriegszeit kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt.

Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 energischer gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.

Die Massenvertreibung der Ost- und Volksdeutschen verstieß zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht (u.a. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"). Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.

Dokumentation
der Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa I

Die Vertreibung der
deutschen Bevölkerung
aus den Gebieten
östlich der Oder-Neiße
Band 3



dtv reprint

Abb. 73 (x003/Titelblatt): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ...

Die Vertreibung bzw. "Umsiedlung" der Deutschen wurde von 1945-1951 in mehreren Etappen durchgeführt:

Polen und ehemalige deutsche Ostgebiete: 1945 = 650.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1946 = 2.000.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1947 = 500.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1948 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1949 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche und 1950-1951 = 50.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche (x001/155E).

Böhmen und Mähren: 1945-1950 = 2.909.400 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche (x004/135).

Ungarn: 1946-1948 = 200.000 vertriebene Volksdeutsche (x008/72E).

Bei der Volkszählung vom 13. September 1950, die etwa mit dem Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen zusammenfiel, wurden in der Bundesrepublik Deutschland 7.977.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene gezählt. Diese Zahl erhöhte sich bis zur Volkszählung 1970 auf 9.598.000 und bis 1985 auf 10.750.000 (x088/14).

Rd. 3.200.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene wurden nach dem Kriege in die SBZ (spätere DDR) "umgesiedelt" (x148/132).

Nach Angaben des "Bundesausgleichsamtes (Stand: Ende 1987)" hielten sich bis 1950 außerdem 400.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene in Österreich auf.

Von 1950 bis 1984 kamen 1.259.189 Spätaussiedler aus den östlichen Vertreibungs- und Deportationsgebieten in die Bundesrepublik Deutschland (x024/301).

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa war die größte gewaltsame Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Während des Zweiten Weltkrieges lebten etwa 19 Millionen Deutsche in Ostdeutschland und in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas.

Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren.

Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. Die jüngsten deutschen Volksstämme mußten mit der Aufgabe ihres Lebensraumes zwangsläufig als ausgestorben angesehen werden und wurden damit als Volksstämme eliminiert.

Allein in Ostpreußen (4.527 deutsche Städte und Gemeinden), Ostpommern (2.269 deutsche Städte und Gemeinden), Ostbrandenburg (890 deutsche Städte und Gemeinden), Niederschlesien (2.864 deutsche Städte und Gemeinden), Oberschlesien (992 deutsche Städte und Gemeinden) und im Sudetenland (3.139 deutsche Städte und Gemeinden) wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden in den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland (Stand: 1939) ausgelöscht.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele der Betroffenen geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden - wie am Phänomen der Flucht bereits dargelegt wurde - ja nur deshalb zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in die Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorangegangen und hatten teils bewußt auf sie hingeeilt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter gewaltsamer Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens gewissermaßen als ein Nebenergebnis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind. Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsver-

lust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden.

Wollte man aber diese Verlagerung des polnischen Staatsgebietes von Osten nach Westen für die Vertreter Polens überhaupt schmackhaft machen, so ergab sich die Notwendigkeit, für die polnische Bevölkerung aus dem Rußland überantworteten Gebieten östlich der Curzon-Linie neue Wohngebiete in Ostdeutschland zu schaffen. Dies aber machte, so argumentierte man mit erstaunlicher Logik weiter, hinwieder die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung nötig. Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer".

Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahmen, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten. Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

Sowohl die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Abtrennung Ostdeutschlands bei gleichzeitiger Verpflanzung seiner Bevölkerung nach dem Westen für das verbleibende Restdeutschland und darüber hinaus für ganz Europa haben mußte, ebenso wie die humanitäre und rechtspolitische Seite dieser Aktionen sind in den Jahren 1943/44, als der Gedanke der Oder-Neiße-Linie und der Ausweisung sich zu einem Programm verfestigte, kaum bedacht worden, da die Niederrichtung des nationalsozialistischen Deutschland die Kriegspolitik der Alliierten ausschließlich bestimmte.

Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen und unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereitfinden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von vielen Millionen Deutschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche.

Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können, das seit dem ersten Weltkrieg schon mehrfach Gegenstand internationaler Verhandlungen gewesen war und den Ausbruch des zweiten Weltkrieges mit ausgelöst hatte.

Für eine Radikallösung schienen auch geschichtliche Vorbilder namhaft gemacht werden zu können. So berief sich der Präsident der USA ausdrücklich auf das Beispiel der Aussiedlung der Griechen aus der Türkei im Jahre 1923, die außenpolitisch in der Tat zur Befriedung geführt hatte, für die betroffene Bevölkerung aber mit schwersten Leiden verbunden war.

Zweifellos war auch die nationalsozialistische Politik nicht schuldlos daran, daß überhaupt Maßnahmen wie die der Umsiedlung und Verpflanzung millionenzähliger Volksgruppen als Mittel zur Erreichung einer politischen Neuordnung betrachtet wurden. Schon gleich nach dem deutsch-polnischen Krieg von 1939 hatte sie die Aussiedlung von Polen aus Westpreußen und der früheren Provinz Posen begonnen, diese Aktion allerdings sehr bald, bevor sie größere Ausmaße annahm, abgebrochen.

Viel konsequenter wurde aber die Rücksiedlung deutscher Volksgruppen, z.B. aus dem Balti-

kum, Bessarabien, der Bukowina, betrieben. Sie beruhte zwar auf vertraglichen Abmachungen und wurde teilweise als Bevölkerungsaustausch deklariert, das Beispiel der Entwurzelung und Nomadisierung, der Verdrängung einheimischer Bevölkerung, um für eine andere Platz zu schaffen, hatte sie jedoch gegeben, selbst wenn man ihr zugute halten muß, daß die umgesiedelten deutschen Volksgruppen vor dem Schicksal der Bolschewisierung bewahrt werden sollten.

Sowohl die hitlerische Ansiedlungspolitik in einem durch den militärischen Sieg über Polen nach Osten gewaltsam erweiterten Staatsgebiet, wie in unvergleichlich größerem Umfang die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung aus den unter russische und polnische Herrschaft gefallen deutschen Gebieten kann man als die letzte Radikalisierung und zugleich als das Ende der Nationalstaatsidee bezeichnen, als den Moment in der Logik des nationalstaatlichen Denkens, wo sich dieses selbst ad absurdum führte.

Man war jetzt schließlich von der Assimilation einer Bevölkerung innerhalb eines staatlichen Raumes zur "Reinigung" eines Raumes fortgeschritten, dessen Grenzen nach rein machtpolitischen Erwägungen gezogen wurden. Sowohl die von Hitler nach Osten vorgeschobene Grenze als auch die im Potsdamer Abkommen festgesetzte Oder-Neiße-Linie standen in krassem Widerspruch zur Nationalität der in diesem Gebiet Ostmitteleuropas lebenden Bevölkerung. Sie waren gerade entgegen allen nationalstaatlichen Gesichtspunkten entstanden, und man verschlimmerte diese Gewaltlösung nur noch, indem man nachträglich durch radikale Aus- und Umsiedlungen die so gröblich verletzte Einheit von Staats- und Volksgrenzen wiederherstellen wollte.

Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über dieses Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einmütigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte. Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.

Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch ein entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjet-Union, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern.

Noch näher liegt die Annahme solcher Bestrebungen bei der provisorischen polnischen Regierung, die bereits im Frühjahr 1945 durch ihre Behörden und Milizeinheiten weite Gebiete Ostdeutschlands verwaltete und in deren Namen schon im August 1944 im Zusammenhang mit der Frage der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung geäußert worden war, es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.

Auch in der auf der Potsdamer Konferenz von polnischer Seite vorgebrachten Versicherung, ein großer Teil der Deutschen werde die Gebiete jenseits der Oder und Neiße freiwillig verlassen, wenn diese dem polnischen Staat unterstellt würden, darf man mit gutem Grund den ungesagt gebliebenen Vorsatz der polnischen Regierung erkennen, alles irgend mögliche zu tun, um schon während der polnischen Verwaltung und vor der Ausweisung die Verminderung der ostdeutschen Bevölkerung in die Wege zu leiten und den Deutschen eine Behandlung wider-

fahren zu lassen, die ihren Willen, in der Heimat zu bleiben, sehr bald brechen würde.

Wie die vorangegangene Darstellung über das Schicksal der östlich der Oder und Neiße befindlichen deutschen Bevölkerung unter russischer und polnischer Herrschaft zu erkennen gibt, ist sowohl die Verminderung der Zahl der Deutschen als auch die Entfremdung ihrer Heimat in erschreckendem Umfang erreicht worden, noch ehe die Ausweisungen selbst begannen. Dabei tut es nur wenig zur Sache, ob dieses Ergebnis stets mit bewußtem Vorsatz oder ohne unmittelbare Absicht in erster Linie aus Rache und Vergeltungsmotiven, aus dem Streben nach Bereicherung oder aus anderen Gründen geschah.

Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.

Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde.

Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätige Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.

Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt: sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.

Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<

>>... Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden.

Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auch auf Pommern und den Südtteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an. Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Ansiedler.

In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur zehn Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen. Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in der Wohnung oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkomme-

ne Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmiliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.

In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als zwei Wochen nach dem Westen abgeschoben.

Ähnlich war es auch in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden.

Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst 1945 und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Polen und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.

Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.

Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.

Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.

Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabhkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn dies gegen ihren Willen geschah.

Nicht ausgewiesen wurden ferner die besonders in Oberschlesien, aber in geringerem Maße auch in Ostpreußen lebenden Personen, die zwar deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber auf Grund ihrer Abstammung und Sprache als Polen fühlten. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und sie blieben auch von der Enteignung, der Zwangsarbeit und den sonstigen gegenüber der deutschen Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen verschont.

Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben. Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesi-

ens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpoltisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen.

Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. Manche Deutsche haben dem wiederholten Druck nachgegeben, indem sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen, viele andere weigern sich noch heute, dies zu tun.

Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich auch manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.

Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.

Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizianten und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.

Noch im Sommer 1946 wurde z.B. im Landkreis Breslau auf öffentlichen Anschlägen vor der Ausreise auf eigene Initiative gewarnt. Dennoch ist es manchem Deutschen möglich gewesen, durch die selbständige Ausreise den fast regelmäßig mit der gewaltsamen Vertreibung verbundenen Schikanen und Gewalttaten zu entgehen.

In einigen Orten gelang es noch im Lande befindlichen deutschen Stellen, Pastoren oder Verwaltungsangestellten in polnischen Diensten, die Organisation der Aussiedlung in die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung blieb dadurch zumindest in ihren Heimatorten vor den Willkürakten und Plünderungen bewahrt, von denen sonst die Ausweisungen in der Regel begleitet waren. Die deutschen Leiter der Aktion stellten Listen auf und benachrichtigten jeden einzelnen rechtzeitig.

Die Übergabe des Eigentums, das Unterschreiben der Verzichtserklärung und alle anderen Formalitäten konnten in Ruhe durchgeführt werden. Außerdem wurde vermieden, daß die Ausgewiesenen tage- und wochenlang in den Auffangstellen auf die Zusammenstellung der Transporte warten mußten. Auch russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.

Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechungen bis zum Spätherbst 1946 an. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/115-118): >>Die Ausweisung nach der Potsdamer Konferenz

Nach Artikel XIII der Potsdamer Vereinbarungen erkannten die drei Großmächte an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben, die in der Tsche-

choslowakei (Polen und Ungarn) zurückgeblieben waren, nach Deutschland durchgeführt werden müsse und erklärten gleichzeitig, daß jede Überführung "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" erfolgen solle.

Damit gab die Konferenz den Tschechen praktisch freie Hand, auch die noch in der CSR befindliche deutsche Bevölkerung nach Deutschland zu überführen, knüpfte allerdings die Bedingung daran, daß die im Gange befindliche "wilde" Austreibung gestoppt und erst eine die gegenwärtige Lage in Deutschland berücksichtigende Vorbereitung getroffen werden müsse.

Dieser Potsdamer Beschluß entsprach in seinem Ergebnis den Zielen der konsequenten Politik der tschechoslowakischen Exilregierung und der späteren provisorischen Regierung. Allerdings genügte das Tempo, mit dem die Alliierten an die Vorbereitung der Sache gingen, durchaus nicht der Eile, die die Tschechen hatten.

Die ungemein schwierigen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse in dem von den Großmächten besetzten Reichsgebiet, die bereits vollzogene Aufnahme von ungeheuren Flüchtlingsmassen aus den ostdeutschen Provinzen, die Notwendigkeit, alle Maßnahmen mit den anderen Vertreibungsländern abzustimmen, militärische Rücksichten auf die im Gange befindliche Demobilisierung, all dies machte schwierige Überlegungen notwendig und sprach gegen jede Überstürzung.

Die Aufforderung der Großmächte, weitere Vertreibungsaktionen einzustellen, und die damit erzwungene Unterbrechung der schon laufenden Massenausreibung verstimmte die Tschechen. Je länger die Vorschläge des Kontrollrats für die Durchführung des "Transfers" auf sich warten ließen, um so mehr wuchs das tschechische Mißtrauen, daß die in Potsdam gegebenen Zusagen eingehalten würden. Die tschechische Presse begann bald den guten Willen der Westmächte überhaupt zu bezweifeln. Besonders übel wurden die sich mehrenden Proteste in der angelsächsischen Presse gegen die brutale Behandlung der Sudetendeutschen vermerkt.

Ungeachtet dessen wurden jetzt aber die technischen Vorbereitungen für die organisierte Austreibung getroffen und im August 1945 dafür besondere Organe geschaffen: im Mittelpunkt ein Spezialreferat im Innenministerium, dessen Leiter den Rang eines Regierungsbeauftragten für den "Odsun", Abschub der Deutschen hatte. Ihm waren Gebietsbeauftragte unterstellt (in Böhmen neun, in Mähren vier), in deren Kompetenzbereich die Referate für den "Odsun" bei den Bezirksnationalausschüssen und Ortsnationalausschüssen fielen.

Im Bereich des ganzen Staates wurden Sammellager für die zur Austreibung bestimmten Deutschen (in Böhmen 75, in Mähren 29, in der Slowakei 3) eingerichtet, die je 1.200 Personen umfassen sollten. Außerdem wurden Reservelager in der Nähe der Grenzübergangsstationen vorbereitet. Vieles davon war nur eine Zusammenfassung und Steuerung längst vorher eingeleiteter Einzelmaßnahmen.

Praktisch lief die Einrichtung der Sammellager darauf hinaus, daß die bereits in vorhandene Lager eingewiesenen Deutschen ohne Rücksicht auf die darin herrschenden vielfach unhaltbaren Zustände festgehalten wurden und daß man die ins innertschechische Gebiet gebrachten Deutschen nach dem Abschluß ihrer Arbeit nicht mehr nach Hause entließ, sondern in Sammellager einwies. Auch die noch in Freiheit lebenden Deutschen wurden Anfang Dezember für die Ausweisung registriert.

In ihrer Note vom 16. August 1945, in der die tschechoslowakische Regierung zu den Potsdamer Beschlüssen Stellung nahm, soll sie auch, nach einer tschechischen Quelle, dem Alliierten Kontrollrat ein Programm übersandt haben, wonach 2,5 Millionen Deutsche für die Ausweisung aus der CSR in Frage kamen. Diese Zahl wurde dann in dem am 20. November vom Kontrollrat angenommenen Gesamtprogramm des "Transfers" der deutschen Bevölkerung aus allen Vertreibungsgebieten berücksichtigt.

Danach sollten 1.750.000 Sudetendeutsche in die amerikanische, 750.000 in die sowjetische Besatzungszone aufgenommen werden; 10 % der Gesamtzahl sollten bereits im Dezember

1945 ausgesiedelt werden. Jedoch lief dann die organisierte Aussiedlungsaktion tatsächlich erst Ende Januar 1946 an. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn (x008/59E-62E): >>Die zwangsmäßige Ausweisung eines großen Teils des ungarländischen Deutschtums nach Deutschland in den Jahren 1946 bis 1948 - in den ungarischen Verordnungen offiziell Umsiedlung genannt - fußt formal auf dem Art. XIII des Potsdamer Abkommens, der von der "Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland" spricht.

Ungarn nahm in diesem Zusammenhang nur insofern eine Sonderstellung ein, als es im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei ein Verbündeter des Deutschen Reiches gewesen war und trotzdem in die Aussiedlungsaktion mit eingeschlossen wurde, während über das Schicksal der Volksdeutschen in Rumänien oder gar in Jugoslawien keinerlei zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen wurden.

Eine Aufklärung dieser auffallenden Tatsache, vor allem der Frage, wie weit die ungarische Regierung selbst auf die entsprechenden Beschlüsse Einfluß zu nehmen versucht und ob sie sich bemüht hat, die Aussiedlung voranzutreiben oder zu hemmen, ist heute noch nicht möglich.

Sicher ist, daß in den Kriegsjahren von nationalistischen madjarischen Kreisen die Möglichkeit diskutiert wurde, die Idee der einheitlichen, unteilbaren ungarischen Nation nicht mehr nur mit den Mitteln der Assimilation wie bisher, sondern auch durch eine Aussiedlung der nicht assimilationswilligen Nationalitäten zu verwirklichen. Eine Anwendung dieses Prinzips kann man in den Vorgängen erkennen, die sich nach der Besetzung der jugoslawischen Batschka im Jahre 1941 abspielten, wo man die seit dem 1. Weltkrieg angesiedelten Serben aus dem eroberten Land jagte.

Einzelne ungarische Zeitschriften griffen auch das Thema einer Umsiedlung der ungarländischen Deutschen auf, das seit Hitlers Politik gegenüber einer Reihe deutscher Volksgruppen, darunter den Bukowina-, Dobrudscha- und Bessarabiendeutschen im benachbarten Rumänien in der Luft lag. Nach einer Behauptung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Kállay soll Hitler einmal dem Reichsverweser Horthy die Umsiedlung aller ungarländischen Deutschen zugesagt haben.

Wenn es auch nicht ausgeschlossen ist, daß Hitler anfänglich wegen seiner guten Beziehungen zum madjarischen Nationalismus zu einer Opferung des ungarländischen Deutschtums bereit gewesen sein könnte, so ist diese Nachricht doch nirgends sonst bezeugt und mit der seit dem Wiener Abkommen von 1940 inaugurierten Politik sicher unvereinbar. Ob gleichwohl die ungarische offizielle und inoffizielle Politik weiterhin mit diesem Gedanken spielte und ihn auch diplomatisch verwendete, wissen wir nicht.

Ebensowenig geklärt ist es, auf welchem Wege Ungarn in den Vertreibungs-Artikel des Potsdamer Abkommens geraten ist. Höchstwahrscheinlich war es die Sowjetunion, die die Anregung dazu gegeben hat. Schon im Frühjahr 1945 soll Marschall Woroschilow als Präsident der Alliierten Kontroll-Kommission für Ungarn von der ungarischen Regierung verlangt haben, daß sie Vorbereitungen für eine Massenausreibung der Deutschen treffe.

Jedenfalls hat sich die ungarische Regierung, in der damals noch nicht die Kommunisten die Oberhand besaßen, schon vor der Potsdamer Konferenz mit dem Problem einer Austreibung des Deutschtums befaßt, ohne daß es ihr gelungen zu sein scheint, die divergierenden Auffassungen der verschiedenen Parteien in dieser Frage zu überbrücken. Im Zusammenspiel mit den Sowjets traten die ungarischen Kommunisten für eine Totalaustreibung des Deutschtums ein, wobei der Gedanke der Kollektivschuld in den Vordergrund geschoben wurde, tatsächlich aber wohl eine Bresche für eine radikale Agrarreform geschlagen werden sollte.

In den Parteien, die die Interessen des ungarischen Bauerntums vertraten, vor allem in der bis dahin einflußreichen Kleinlandwirte-Partei, der u.a. der Außenminister Gyöngyösi angehörte, bestand ein Widerstreit verschiedener Interessen und Tendenzen; der Gedanke, die deutsche Minderheitenfrage, die sich seit 1940 zu einem staatspolitischen Problem ersten Ranges entwickelt hatte, im nationalungarischen Sinne endgültig und radikal zu lösen, wurde zweifellos mit Sympathie aufgenommen.

Doch übersah man andererseits nicht, daß eine entschädigungslose Ausweisung eine ernste Erschütterung der Eigentumsbegriffe für das ganze Land gebracht hätte und damit den Zielen der Kommunisten in die Hand gearbeitet worden wäre. Dazu kam noch, daß eine Totalaus-siedlung der volksdeutschen Ungarn selbst aller Argumente gegen die von der Tschechoslo-wakei angestrebte Zwangsumsiedlung der 700.000 Slowakei-Ungarn beraubt hätte.

Diese widerspruchsvolle Lage erklärt es wohl, daß die ungarische Regierung in der Vertrei-bungsfrage anfangs die Dinge treiben ließ. Dabei ging die Diskussion aber nicht mehr um das Prinzip der Vertreibung als solcher, sondern lediglich um ihr Ausmaß.

Um diese Frage ist das ganze Jahr 1945 hindurch im verborgenen, vor allem mit den Sowjets, gerungen worden. Die ungarische Regierung suchte dabei die Zahl der Auszuweisenden ge-genüber der sowjetischen Forderung von einer halben Million herabzudrücken, wobei sie sich formell gegen die Anwendung des Prinzips der kollektiven Verantwortung ganzer Volksgrup-pen verwahrte.

Wie wenig sie jedoch selbst von diesem Prinzip abging, ergibt sich aus den Angaben von Ste-fan Kertész, eines früheren hohen Beamten des ungarischen Außenministeriums. Er berichtet davon, daß der ungarische Innenminister Franz Erdai im Mai 1945 die Zahl der auszuweisen-den Volksbundmitglieder auf etwa 300.000 ansetzte, während die ungarische Regierung in einer offiziellen Note von 200.000 bis 250.000 Deutschen, die als "ergebene Diener des Hitle-rismus" aus Ungarn abzuschieben wären, sprach.

Die ungarische Regierung bewies damit nur, daß sie selbst an dem Grundsatz der individuel-len Schuld nicht festhielt und mit der Ausweisung auch noch andere Ziele verfolgte, als die Bestrafung derjenigen, die nationalsozialistische Politik betrieben hatten.

Offensichtlich suchte sich die ungarische Regierung selbst um die Entscheidung zu drücken und eine Gelegenheit abzuwarten, um die Aussiedlung als Befehl und unter Verantwortung der Siegerstaaten anlaufen zu lassen. Diese Gelegenheit schien sich im November 1945 zu bieten.

Um die aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße vertriebene deutsche Bevölkerung, die in einem erbarmungswürdigen Zustand nach Deutschland hineinflutete, auf alle Besatzungszo-nen gleichmäßig zu verteilen und die Ausweisung durch die Aufstellung eines Terminkalen-ders planvoller zu gestalten, genehmigte der Alliierte Kontrollrat in Deutschland am 20. No-vember 1945 ein ihm eingereichtes Protokoll, das das bisherige Durcheinander einigermaßen zu ordnen versuchte.

Es legte der Vollständigkeit halber auch die künftigen Auffanggebiete der nach dem Potsda-mer Beschlüssen aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn auszuweisenden Deutschen fest und bestimmte hierfür die amerikanische Zone; für die Ungarndeutschen wurde dabei die Zahl von 500.000 angenommen. Für die Reaktion der ungarischen Regierung auf diese Festsetzung sind wir bisher nur auf die Mitteilungen von Stefan Kertész angewiesen.

Danach hat das Außenministerium sowohl gegen die Zahl der Auszuweisenden wie gegen das damit verbundene Prinzip der kollektiven Bestrafung bei den britischen, amerikanischen und sowjetischen Missionen protestiert, während gleichzeitig der ungarische Innenminister Vorbe-reitungen für die totale Austreibung der Deutschen traf, indem er eine entsprechende Verord-nung vorbereitete.

Nach Kertész ist der Außenminister Gyöngyösi mit seinem Einspruch dagegen im Ministerrat

am 22. Dezember 1945 nicht durchgedrungen, so daß schließlich die radikale Lösung angenommen wurde, wie sie im Text der Ausweisungsverordnung vom 22. Dezember 1945 niedergelegt ist.

Diese ordnet die Aussiedlung für denjenigen ungarischen Staatsbürger an, "der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden Namen ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war".

Sie ging also bei genauer Auslegung weit über die Zahl von 200.000 bis 250.000 Auszuweisenden hinaus. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ostmitteleuropa (x051/603-604): >>Vertreibung, Ausweisung größerer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet, v.a. während und nach einem Krieg.

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ost- und Ostmitteleuropa in das Deutschland diesseits der Oder-Neiße-Linie hatten die Alliierten schon auf ihren Konferenzen in Teheran (Dezember 43) und Jalta (Februar 45) erörtert.

Das Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 bestimmte in Abschnitt XIII, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß", und zwar "in geordneter und humaner Weise". Die Einzelheiten sollte ein Plan des Alliierten Kontrollrats regeln. Die systematische Vertreibung der deutschen Bevölkerung begann jedoch bereits im Juli/August 45, also ehe der Ausweisungsplan des Kontrollrates am 17.10.45 unterzeichnet worden war.

Sie geschah keineswegs "in geordneter und humaner Weise", sondern in völker- und menschenrechtswidriger Art, und erfaßte auch die deutsche Bevölkerung aus den polnischen Verwaltung unterstellten deutschen Ostgebieten und dem der Sowjetunion übergebenen nördlichen Ostpreußen. Darüber hinaus waren seit Ende 44 schon Millionen von Deutschen vor der vordringenden Roten Armee westwärts geflohen. Die Vertriebenen und Flüchtlinge verloren nicht nur ihre Heimat, sondern meist auch ihre gesamte Habe.

1944/45 lebten in Ostdeutschland und in Osteuropa insgesamt 19,17 Millionen deutsche Staatsangehörige oder sogenannte Volksdeutsche, davon in den deutschen Ostgebieten (mit Danzig) 10,39 Millionen, in Polen 1,26 Millionen, in der UdSSR 2,07 Millionen, in Ungarn 633.000, in der Tschechoslowakei (mit Sudetenland) 3,62 Millionen, in Jugoslawien 550.000, in Rumänien 689.000 und in den übrigen Balkanstaaten 6.000.

Bis 1950 kamen 11,96 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Restdeutschland, davon 7,29 Millionen aus den deutschen Ostgebieten, 618.000 aus Polen, 421.000 aus der Sowjetunion, 2,99 Millionen aus der Tschechoslowakei, 213.000 aus Ungarn, 297.000 aus Jugoslawien, aus Rumänien 137.000 und 3.000 aus den übrigen Balkanstaaten. Über zwei Millionen verloren durch Flucht oder Vertreibung ihr Leben.

Der Großteil der insgesamt 4,4 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die zunächst in der (heutigen) DDR oder in Ost-Berlin Aufnahme fanden, zog später als sogenannte Sowjetzonenflüchtlinge in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin (1949 bis Juli 61 rund 2,1 Millionen).

Ab 1950 ging die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Ostmitteleuropa in geringerem Umfang weiter, meist auf der Grundlage vertraglicher Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und dem betreffenden Staat; bis zum Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 wurden in der Bundesrepublik knapp zwei Millionen Aussiedler registriert. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs übersiedelten mehr als 2,6 Millionen Menschen. Es leben

gegenwärtig noch etwa 600.000 Deutschstämmige in Rußland und 50.000 in Kasachstan sowie 500.000 in den Staaten Mitteleuropas. Die Gründe für die Übersiedlung Deutschstämmiger in die Bundesrepublik sind vor allem in der wirtschaftlichen Situation in der ehemaligen Sowjetunion und nicht in politischer Verfolgung oder gar Vertreibung zu sehen.

In der Bundesrepublik ist der Rechtsstatus der Vertriebenen durch das Bundesvertriebenengesetz vom 19.5.53 geregelt worden. Ihre Eingliederung in die Gesellschaft und Wirtschaft ist, mit Hilfe einer umfangreichen Gesetzgebung, darunter der über den Lastenausgleich, inzwischen weitgehend gelungen.

In der "Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 haben die Vertriebenen ausdrücklich auf Vergeltung für das an ihnen verübte Unrecht und auf Gewaltanwendung verzichtet; doch halten ihre Verbände bis heute an der Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 fest.<<

Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg (1938-2009) schreibt später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x035/333-335): >>Den letzten Akt des an der ostdeutschen Bevölkerung vollzogenen Dramas stellt schließlich die Vertreibung dar, die von den meisten der Betroffenen gar nicht mehr als zusätzliches Unrecht, sondern vielmehr als Erlösung empfunden worden ist. Viele Deutsche verließen sogar "freiwillig" ihre Heimat, um weiteren Drangsalierungen und Erniedrigungen zu entgehen.

Die Vertreibung erfolgte nicht erst auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945, sondern hatte weit eher eingesetzt. Ihr Hauptmotiv war ein rein nationalistisches:

Durch die Austreibung der Deutschen sollten das neue Polen und die neue Tschechoslowakei als reine Nationalstaaten wiedererstehen. Daher sollten die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland möglichst in einem Zuge von ihrer deutschen Bevölkerung "gesäubert" und durch Neubesiedlung so rasch wie irgend möglich in den polnischen bzw. tschechoslowakischen Staat integriert werden. ...

Alle polnischer- bzw. tschechischerseits angeführten Begründungen für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen tragen den Charakter der nachträglichen Rechtfertigungen:

1.) Die Kompensationstheorie: danach habe Polen für seine Gebietsverluste im Osten entschädigt werden müssen, da es Raum für seine Landsleute gebraucht habe, die ihrerseits vertrieben worden seien. Dieses Argument traf für die Tschechoslowakei so gut wie gar nicht zu, denn die Zahl der aus Wolhynien, Rumänien und der Karpato-Ukraine umgesiedelten Tschechen und Slowaken betrug weniger als 100.000 Menschen, während annähernd 3,5 Millionen Sudetendeutsche ihre Heimat verlassen mußten.

Allerdings wurden aus den von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebieten etwa 1,5 Millionen Polen nach Westen abgeschoben; dafür aber siedelte Polen ca. 500.000 Ukrainer und Weißrussen aus, hatte also nur etwa 1 Million Menschen neu in sein Staatsgebiet aufzunehmen.

2.) Die Theorie von der angeblichen Kollektivschuld der Deutschen. Sie besagt bis heute, daß Deutschland durch sein Verhalten in Polen und in der Tschechoslowakei während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg sich gegenüber diesen Völkern derart versündigt habe, daß der Verlust seiner Ostgebiete als gerechte Strafe erscheint.

3.) Für die polnische Argumentation gilt zudem noch die Theorie von der ethnischen Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete zu Polen. Danach habe es sich um ursprünglich "urpolnisches" Land gehandelt, daß man nach Jahrhunderten rücksichtsloser Germanisierung dem Mutterland "wiedergewonnen" habe. Schon 1945 habe es nämlich in diesen Gebieten Millionen Menschen polnischer Gesinnung gegeben; damit seien die Ansprüche Polens auf diese Gebiete hinreichend begründet.

4.) Einige Zeit wurde die These aufgestellt, die Vertreibung der Deutschen stelle eine logische, wenn auch gewaltsam beschleunigte Konsequenz der seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu

beobachtenden Abwanderung deutscher Bevölkerung aus Ostmitteleuropa nach Westdeutschland dar, während Polen und Tschechen natürlicherweise in die von Deutschen verlassenen Räume nachgerückt seien. Die Vertreibung habe insofern nur das zeitlich vorweggenommen, was in 50 bis 100 Jahren ohnehin erfolgt wäre. ...

5.) Schließlich wird die Ausweisung der Deutschen - besonders von tschechischer Seite - mit dem Argument gerechtfertigt, daß man sich ein für allemal einer potentiellen Irredenta (einer politischen Bewegung, die den staatlichen Anschluß abgetrennter Gebiete an das Mutterland erstrebt) habe entledigen und deshalb die Nationalitäten "entflechten" müssen.

Tatsächlich aber handelte es sich bei der Vertreibung der Deutschen, wie sie zuerst von exiltschechischer Seite schon im Winter 1941/42 gefordert und im Laufe des Krieges von den alliierten Mächten akzeptiert wurde, nach den treffenden Worten von Gotthold Rhode "nur (um) die übersteigerte Fortsetzung der Vertreibung aus nationaler Intoleranz und der Nationalstaatsidee, wobei (wie im Falle der Tschechoslowakei) historische Grenzen, die nie nationale Grenzen gewesen waren, oder rein machtmäßig festgesetzte Grenzen wie die Oder-Neiße-Linie (im Falle Polens) in Zukunft nationale Scheidelinien bilden sollten."

Polnische und tschechische Kommunisten haben sich im übrigen die Forderungen der von ihnen ansonsten bekämpften Nationalisten sogleich zu eigen gemacht, als sie die Regierungsgewalt in den ihrer Verwaltung übergebenen Gebieten übernahmen. Daß Stalin der Vertreibung der Deutschen zustimmte, während die Sowjetunion sonst keine Bevölkerungsgruppen - man denke an die Krimtataren und an die Wolgadeutschen - aus ihrem Machtbereich entließ, findet seine einzig überzeugende Erklärung in der Erwartung, die "Millionen bettelarmer Vertriebener, die nach Mittel- und Westdeutschland einströmten, würden dort ein solches Element der Unruhe und Unzufriedenheit darstellen, daß über sie die Sowjetisierung ganz Deutschlands erreicht werden könne" (Rhode). ...

Die Vertreibung war und bleibt ein Unrecht, dem mehr als zwei Millionen Menschen auf deutscher Seite zum Opfer fielen. Mit Flucht und Vertreibung, die alles andere als in "geordneter und humaner Weise" vor sich ging, wie sie das Potsdamer Abkommen vorgesehen und angeordnet hatte, ging rund ein Viertel des deutschen Reichsgebiets von 1937 verloren. Von den etwa 16 Millionen Deutschen im Osten – wobei die Rußlanddeutschen nicht mitgerechnet sind – ist dabei mehr als ein Fünftel ums Leben gekommen; das ist ein Mehrfaches der Kriegsverluste der übrigen deutschen Bevölkerung.

Stalins Hoffnung, mit Hilfe der deutschen Vertriebenen ganz Deutschland revolutionieren zu können, hat sich bekanntlich nicht erfüllt, und auch die vermeintlichen Nutznießer der "nationalen Entflechtung" durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die Tschechen und Polen, können sich allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz kaum glücklich schätzen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/1-2,5-6): >>Die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa 1945-1947 war die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte. Die Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete entsprach mit über 20 Millionen derjenigen der Republiken Finnland, Island und Irland und der Königreiche Norwegen, Schweden und Dänemark zusammengenommen.

Noch nie in der Geschichte wurde eine so große Volksgruppe mit einem Federstrich aus den Geschichtsbüchern und Atlanten getilgt und zu Menschen ohne Menschenrechte gemacht. Man wird vergeblich nach Vergleichbarem suchen. In Zeiten des Neuassyrischen Reiches wurden unter Assurnasripal (883-859 v. Chr.) und Assurbanipal (669-627 v. Chr.) 4,5 Millionen gewaltsam vertrieben. Die nächstgrößeren Gruppen dürften die je 7,5 Millionen indischen und pakistanischen Flüchtlinge der Jahre 1947-1949 sein.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat in den 50er Jahren die alteingesessene Bevölke-

rung der deutschen Vertreibungsgebiete außerhalb der Sowjetunion mit 16,5 Millionen ermittelt. In dieser Ziffer nicht enthalten sind außer den 1,5 Millionen Rußlanddeutschen (sie wurden überwiegend von Westen nach Osten vertrieben) noch fast 2,5 Millionen West- und Mitteldeutsche. Insgesamt lebten also bei Kriegsende über 20 Millionen Deutsche in den ostdeutschen und osteuropäischen Vertreibungsgebieten. Davon entfielen etwa 50 % auf Ostdeutschland in seinen Grenzen von 1937, der Rest auf das Sudetenland und die deutschen Sprachinseln zwischen Donau und Wolga.

Flächenmäßig umfaßten die Ostgebiete des Deutschen Reiches ein Viertel des deutschen Staatsgebietes, wenn man die Grenzen von 1937 zugrunde legt, und einen noch größeren Anteil, wenn man Sudetenland, Memelland und die freie Stadt Danzig, kurzum das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet im Osten einbezieht.

Nicht alle Ostdeutschen und nicht alle Volksdeutschen wurden nach West- und Mitteldeutschland vertrieben. Im Jahr 1950 zählte man ca. 830.000 Rußlanddeutsche, die die Verschleppung in den asiatischen Teil der Sowjetunion überlebt hatten, und über 3,3 Millionen Deutsche in den anderen Vertreibungsgebieten, die in ihrer alten Heimat meist unter unwürdigen Umständen wohnen durften bzw. mußten.

In der Bundesrepublik lebten 1950 rd. 8,1 Millionen Vertriebene.

Bei der Vertreibung zu Tode gekommen sind zwischen 2,8 und 3 Millionen Menschen. Davon entfallen über 600.000 auf Rußlanddeutsche und 2,2 Millionen auf die alteingesessene Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete und der anderen Vertreibungsgebiete. Die Gesamtzahl der Vertreibungstoten entspricht ziemlich genau der seinerzeitigen Einwohnerzahl der Republik Irland. ...<<

>>... So absurd es auch klingen mag, die Vertreibung in den Westen erschien nun fast als Hoffnung, als letzte Chance, wenigstens das nackte Leben zu retten. Zwar sind auf den Vertreibungstransporten noch Tausende an Hunger, Kälte und Erschöpfung gestorben, aber immerhin hatte man eine Chance.

In den Jahren zwischen 1945 und 1947 waren die Vorgänge in den Vertreibungsgebieten überwiegend von Gewalt und Grausamkeit geprägt, und spätestens 1950 war die Vertreibung praktisch abgeschlossen. Aber auch in den folgenden Jahren blieben die daheimgebliebenen Deutschen de facto und in einigen Ländern sogar de jure diskriminiert – Bürger minderen Rechts. Der Weg in die Bundesrepublik erschien Millionen von Menschen als Lösung bzw. Erlösung. Daß zwischen 1950 und 1987 im Jahresdurchschnitt nur zwischen 15.000 und 50.000 Ostdeutsche (das Jahr 1958 mit über 132.000 bildete die Ausnahme) zu uns kamen, lag ausschließlich an der restriktiven Ausreisepolitik der osteuropäischen Regierungen.

Schnell änderte sich die Lage, als Gorbatschows Reformpolitik zu greifen begann. Mit über 202.000 Aussiedlern erreichte die Statistik schon 1988 einen unerwarteten Anstieg. 1988 kamen 377.000, 1990 über 400.000. Insgesamt kamen zwischen 1950 und 1990 rund 2,4 Millionen Deutsche aus Ostdeutschland und Osteuropa in die Bundesrepublik. 3,2 Millionen wohnen immer noch in den Vertreibungs- und Deportationsgebieten. ...

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Was auf den ersten Blick als "die Vertreibung" erscheint, war in Wirklichkeit ein makabres Panoptikum aus Massaker und Flucht, aus Deportation zur Zwangsarbeit und Internierung in Lagern. Die eigentliche Vertreibung und die sog. Spätaussiedlung waren nur das Finale, die Spitze des Eisbergs. Zudem bestanden gewaltige regionale Unterschiede beim Ablauf des Vertreibungsgeschehens.

Naturgemäß ist es nicht einfach, einen derart vielschichtigen Tatbestand rechtlich einzuordnen. Kein Geringerer als Prof. Felix Ermacora, der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, sieht den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Resolution vom 9.12.1948 erfüllt. ... Die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte stellt zugleich den größten Verbrechenskomplex der Nachkriegsgeschichte dar.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/33,36-37, x309/88): >>Die westlichen Alliierten waren auf die Ausweisung von 2 bis 4 Millionen Reichsdeutschen vorbereitet, niemals aber auf die Vertreibung von über 9 Millionen aus Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und ganz Schlesien. Der entscheidende Fehler lag also darin, daß das Prinzip der Bevölkerungsumsiedlung zu weit ausgedehnt wurde. Damit war nicht mehr die Rede von der notwendigen Umsiedlung deutscher Minderheiten dorthin, woher sie gekommen waren, wie es bei den Befürwortern der Umsiedlung oft hieß.

Die Deutschen in Ostpreußen stellten in keiner Beziehung eine Minderheit dar, und ihre Vorfahren lebten schon Jahrhunderte in Ostpreußen, ehe die Engländer Nordamerika kolonisierten. Der Vorschlag, die Ostpreußen sollten an den Rhein zurückgeschickt werden, hätte eigentlich für Roosevelt und Eden so unsinnig klingen müssen wie der absurde Vorschlag, die Amerikaner wieder nach Großbritannien oder die Briten nach Dänemark und Niedersachsen zurückzuschicken. ...<<

>>... Wenn es auch zutrifft, daß die westlichen Alliierten an eine ganz andere, die Betroffenen möglichst schonende Art der Ausweisung gedacht hatten, so spielte doch der Wunsch eine Rolle, die Deutschen für das Elend, das sie mit dem Krieg über die Welt gebracht hatten, kollektiv zu bestrafen. Man war bereit, die Entfernung von Millionen Deutschen aus dem Osten zu gestatten und einen Teil des Landes den Polen und Tschechen als Entschädigung für ihre Leiden unter nationalsozialistischer Besatzung anzubieten.

... Als sich der europäische Konflikt zum "totalen Krieg" auswuchs, wurde der deutsche Feind immer mehr mit Hitler identifiziert, die Rache über das ganze deutsche Volk heraufbeschworen. Phantasievolle Vorstellungen, etwa, daß Militarismus und Nihilismus (völlige Verneinung aller Normen und Werte) dem deutschen Wesen angeboren seien, tauchten auf und wurden von Persönlichkeiten der entscheidenden Gremien sogar übernommen. ...

So entwickelte sich aus dem natürlichen Haß gegen den Feind eine intensive und alles beherrschende Germanophobie, die keinen Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Nicht-Nationalsozialisten in Deutschland machte, keinen zwischen den Schuldigen und Schuldlosen. Die Umsiedlung von Millionen Deutschen als Form kollektiver Bestrafung schien in der Stimmung des totalen Krieges durchaus berechtigt.

Hitler selbst hatte bereits mehrere Beispiele gegeben, wie z.B. die Deportierung von ca. 100.000 Elsässern nach Vichy-Frankreich und von mehr als einer Million Polen aus den anektierten Woiwodschaften Posen und Pommerellen in das sogenannte "Generalgouvernement Polen". ...

Der deutsche "Drang nach Osten", der jahrhundertlang von Deutschlands östlichen Nachbarn teils gefördert, teils bekämpft wurde, wich dem wiederauflebenden alten slawischen "Drang nach Westen", der jetzt von der siegreichen Roten Armee unterstützt und manchmal von den westlichen Mächten gutgeheißen wurde.

Natürlich stand für die Vereinigten Staaten und Großbritannien kein historisches Interesse auf dem Spiel, als sie den Stoß der Slawen nach Westen förderten. Es war nur die unbeschreibliche Unmenschlichkeit von Hitlers Regime, die Roosevelt und Churchill moralisch stumpf machte gegen das, was Millionen Deutschen im Osten zustoßen sollte. Der Geruch von Bergen-Belsen und Buchenwald lag in der Luft, und viele westliche Politiker waren von dem Gefühl beherrscht, die Deutschen hätten bei weitem noch nicht genug gelitten, obwohl Deutschland in Trümmern lag und 4,3 Millionen deutsche Soldaten gefallen waren (die USA hatten 229.000 Mann Verluste): Die Deutschen konnten das unendliche Leiden, das durch eine unglückselige Politik verursacht wurde, nicht wiedergutmachen. ...<<

>>... Der Zweite Weltkrieg gab den Anlaß und die Möglichkeit der Vertreibung, war aber nicht ihre Ursache. Wesentliche Ursachen dieses weltweit beispiellosen Geschehens waren

vielmehr bewußte, vielfach von langer Hand herbeigeführte politische Entscheidungen. Dies belegen Dokumente und offene Bekenntnisse der verantwortlichen tschechischen, polnischen und sowjetischen Politiker. Zu den weiteren Ursachen gehören die geopolitischen Ambitionen Stalins und der Wille der Westalliierten, Deutschland nachhaltig zu schwächen. Entsprechende Bestrebungen tschechischer und polnischer Politiker reichen nachweislich viele Jahrzehnte vor den Beginn des Zweiten Weltkriegs und die Machtergreifung Hitlers zurück. Somit darf die Vertreibung nicht allein aus der Perspektive des 1. September 1939 betrachtet werden. Auch der dynamische slawische Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die Beschlüsse der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon von 1919 müssen als Ursachen mitberücksichtigt werden.<<

Der deutsche Historiker Günther Stökl (1916-1998) schreibt später in seinem Buch "Osteuropa und die Deutschen" über die Vertreibungsgründe in Ost-Mitteleuropa (x035/331-332): >>Dort, wo Hitler den Krieg begonnen hatte, waren ... die Folgen der Niederlage am verheerendsten. Denn hier traf der Verlust die Substanz, hier mußten Gebiete aufgegeben werden, deren Zugehörigkeit zu Deutschland noch am Ende des Ersten Weltkrieges von den Siegern nicht angezweifelt worden war.

Gewiß war dies auch Vergeltung, und gewiß waren von den polnischen Politikern schon während des Krieges Annexionen an der Westgrenze erwogen worden: das historische Argument, Schlesien sei einst im Mittelalter ein polnisches Land und Pommern zumindest ein slawisches Land gewesen, war ja immer zur Hand. Aber das Ausmaß der Annexion wird nicht allein durch polnische Vergeltungssucht und historisch verbrämte Landgier erklärt, sondern vor allem durch das politische Interesse der Sowjetunion.

Diese ergriff die Gelegenheit, ihrerseits historische Ziele zu erreichen, die Konzessionen des Friedens von Riga aufzuheben und Ostpolen bis zur Curzon-Linie zu annektieren. Die weißrussische und ukrainische Bevölkerungsmehrheit sollte mit der Weißrussischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik "wiedervereinigt", die mehrere Millionen zählende polnische Minderheit sollte über die Curzon-Linie nach Westen abgeschoben werden. Die Polen, immerhin Befreite und Verbündete, waren auf Kompensationen im Westen verwiesen. ...<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat (1926-1989) schreibt später über die Hintergründe der Vertreibung (x025/115): >>Was zunächst vordergründig als rigorose Neuordnung des nationalen Verhältnisses erschien, ... war im Grunde weniger ein Akt souveräner polnischer Politik als ein Akt übergeordneter großräumiger sowjetischer Strategie in der östlichen Hälfte Europas.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) erläutert später einige Gründe, warum die Deutschen ihre Siedlungsgebiete in Ost-Mitteleuropa verlassen mußten (x025/184, x160/8): >>1945 war dann das Jahr der Ernte, die Sternstunde des polnischen Nationalismus. Die Planeten standen so günstig wie seit Jahrhunderten nicht mehr:

Die Konjunktion der anglo-amerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" brachte den Spielern den erhofften "höchsten Gewinn", die größte Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte; obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie in fashionablen westlichen Gesellschaftskreisen sehen lassen.

Und es bestätigte sich wieder einmal die Erfahrung, daß Propaganda weniger von der Kraft ihrer Argumente als von der Unwissenheit ihrer Adressaten lebt. ...<<

>>... Die offizielle Propaganda freilich hat die polnischen Annexionen und Vertreibungen als reine Reaktion auf Hitler dargestellt und wurde sogar von etlichen westlichen Historikern ungeprüft übernommen.

Zutreffend schreibt dagegen der unvergessene Prof. Andreas Hillgruber, einer der Großen der

bundesdeutschen Geschichtsschreibung: "Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik ... interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalistische Herausforderung; es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch kamen."

Im Zuge einer verstärkten Rückbesinnung auf die Menschenrechte hat man in den Vereinigten Staaten, in Australien und in Neuseeland neuerdings damit begonnen, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den fürchterlich dezimierten Indianern, Aborigines und Maoris moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – obwohl kein Weißer daran denkt, wieder in die alte Welt nach Europa zurückzukehren.

Warum sollte es nicht auch in Europa möglich sein, eine legendenfreie Geschichte im Geist der Menschenrechte und der historischen Wahrhaftigkeit zu schreiben? ...<<

Ludwig Martin (1909-2010, Generalbundesanwalt a.D., Ehrenvorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e.V.) bemerkt später im Vorwort des Buches "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" (x025/I-V): >>... Geschichtliche Wahrheit ist nicht teilbar: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zumal solche, die den Umfang und das Gewicht eines Völkermordes annehmen, bleiben Verbrechen, gleichviel, von wem sie begangen werden und wer die Verantwortung dafür zu tragen hat.

Es geht nicht an, die marxistisch-leninistische Unterscheidung zwischen "gerechten" und "ungerechten" Kriegen auf die im Krieg, bei Kriegsende und nach dem Krieg an der Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen zu übertragen und je nach der Zuordnung der Tätergruppe zu einem "sozialistischen" oder "imperialistischen" Regime zwischen verdammenswerten und entschuldbaren Menschenrechtsverletzungen zu differenzieren.

Die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart ist voll von Beispielen, daß auch in unserer hochentwickelten Zivilisation unter bestimmten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Menschen jedweder Herkunft, Rasse und Nationalität zu Untaten fähig sind, die sie unter normalen Verhältnissen nie begehen würden. Man denke nur an die Völkermorde in Kambodscha und Afghanistan und an die Massaker im Libanon ...

Vor Jahren stellte ich in Jerusalem einem angesehenen jüdischen Juristen und Publizisten die Frage, ob er glaube, daß zu der Massenvernichtung im "Dritten Reich" nur Deutsche fähig gewesen seien, oder ob er es für denkbar halte, daß Gleiches unter der Zwangsherrschaft eines "Hitler" und den dadurch geschaffenen politischen und massenpsychologischen Bedingungen auch in anderen Ländern hätte geschehen können. Nach kurzer Besinnung bejahte der Gefragte das letztere.

Gleichwohl mag man es hinnehmen und sogar als Gebot der Gerechtigkeit ansehen, daß das deutsche Volk während der im "Dritten Reich" von Deutschen an Juden, Angehörigen anderer Minderheiten und politischen und weltanschaulichen Gegnern begangenen Massenmorde auch nach fast vier Jahrzehnten immer und immer wieder auf die Anklagebank gesetzt und verurteilt wird.

Schwer verständlich und durch nichts zu rechtfertigen ist es aber, daß die im Krieg und vor allem bei Kriegsende und nach dem Krieg von fremden Truppen, Widerstandskämpfern und fanatisiertem Mob an Millionen Deutschen verübten Morde und sonstigen Gewaltverbrechen auch heute noch totgeschwiegen und geleugnet oder mit dem Hinweis entschuldigt werden, daß "die Deutschen" es angesichts der auf ihnen lastenden Blutschuld nicht anders verdient hätten. ...

1. Opfer der "Vertreibungsverbrechen" waren nicht nur NS-Funktionäre, Parteigenossen und

ihre Sympathisanten, sondern die Deutschen schlechthin, weil man sie mit den Nazis identifizierte und zu Untermenschen bzw. Nicht-Menschen abqualifizierte, wie etwa Ilja Ehrenburg. Damit erklärte man sie in ähnlicher Weise für vogelfrei, wie dies die Nazis hinsichtlich der Juden getan hatten.

Bei der Verbrechenhäufung handelte es sich nicht um das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen blindwütig gewordener Soldaten oder Zivilisten, sondern um ein von führenden Kreisen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten – mit Billigung der USA und Großbritannien – "wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen" aus den Ostgebieten, um "eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik" (Zitat des Autors aus Jürgen Thorwald: Die große Flucht, München/Zürich 1979. Seite 91), um die gewollte Folge der von höchsten Stellen ausgegebenen Appelle an Haß, Rachsucht und Tötungsinstinkte. ...

Sehr zu Recht stellt der englische Philosoph Bertrand Russell die Frage, ob Massenvertreibungen nur dann Verbrechen seien, wenn sie "von unseren Feinden während des Krieges vorgenommen werden", dagegen gerechte Mittel für die gesellschaftliche Neuordnung, wenn "unsere Verbündeten sie in Friedenszeiten durchführen". ...

Eine schonungslose Offenlegung finsterner Kapitel der Menschheitsgeschichte ohne Rücksicht auf die Nationalität der für diese Tragödien Verantwortlichen ist ein Gebot der Wahrheit und der Gerechtigkeit; sie allein kann Grundlage gegenseitigen Verzeihens und echter Verständigung sein. Man kann nicht, wie es in Nürnberg geschehen ist, Deutsche durch die Repräsentanten von Mächten aburteilen lassen, die selbst gleiche Verbrechen angeordnet oder geduldet haben, wie sie dem deutschen Volke vorgeworfen werden.

Es verstieße gegen seine Würde und sein Selbstverständnis, wenn sich das deutsche Volk widerspruchslos auf Generationen hinaus mit der ihm zugeordneten Bűßerrolle abfinden und zu all dem schweigen würde, was ihm von den Siegern an Furchtbarem angetan worden ist. Eine Besinnung hierauf - fernab von Rache- und Vergeltungsgefühlen - schulden wir Deutschen auch den Millionen der unschuldigen Opfer der Vertreibungsverbrechen, die stellvertretend für das deutsche Volk Unsägliches erduldet haben. ...

Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch soll die Vernichtung der sudetendeutschen Volksgruppe nach dem Krieg mit den Worten begründet haben: "Unsere Deutschen ... haben den Staat verraten, die Demokratie verraten, uns verraten, die Menschlichkeit verraten und die Menschheit verraten. ...

In Abwandlung dieser Anklage kann man die von sowjetrussischen Soldaten, von Polen, Tschechen und Jugoslawen gegenüber Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen mit dem Satz überschreiben. Die Initiatoren und Täter dieser Verbrechen haben die Menschlichkeit und die Menschheit verraten.

Das muß vor der Geschichte klargestellt werden.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x024/13-14):

>>Die Solidarität, das Mitgefühl mit den Opfern der Vertreibung, den Toten, den Verletzten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden. ... Aber die vielen Opfer dieser grausamen Zeit von Flucht und Vertreibung dürfen nicht vergessen werden - ebenso wie alle anderen Opfer des Krieges.

Wenn ihr Tod, ihr Leiden einen Sinn erhalten und behalten soll, dann muß die Erinnerung daran Ansporn zu Verständigung und Versöhnung, zur Bewahrung und zum Bau eines wirklichen Friedens sein. Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Narben und Wunden aufreißen. Aber die wirkliche Geschichte, die Wahrheit muß genannt werden. ...

Gerade heute, da nunmehr im Osten und bei uns neue Generationen herangewachsen sind, die

vieles, was die Älteren erleben mußten, gar nicht mehr wissen und begreifen können, ist eine saubere, faire Aufarbeitung dieser zeitgeschichtlichen Abläufe auch zur Beurteilung politischer Vorgänge der Gegenwart erforderlich. ...<<

Włodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die letzten Umsiedlungen der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/102-103): >>... Im Februar 1946 ... begann der große Abtransport der Deutschen aus Polen. Sie kamen in die britische und die sowjetische Zone. Die Aktion wurde mehrmals unterbrochen, weil die Transportmittel nicht ausreichten, weil die Deutschen als Arbeitskraft in der Erntezeit gebraucht wurden, weil die Behörden in beiden Zonen sich gegen die Aufnahme kranker und arbeitsunfähiger Menschen sperrten, weil die Transporte – besonders im Winter 1946/47 – unzureichend versorgt waren, was in einigen Zügen zu Dutzenden von Todesfällen führte.

Im Spätherbst verebbte die große Welle der Zwangsumsiedlung. In den kommenden Jahren stellte sich viel öfter das umgekehrte Problem: Viele (besonders Frauen, deren Männer im Westen waren) wollten gehen, der Staat ließ sie nicht oder ließ sich zumindest lange bitten. Für die 1948 bis 1950 vorgenommenen, zahlenmäßig geringen Umsiedlungen, deren Summe nur einen Bruchteil jener von 1946 bis 1947 erreichte (erfaßt wurden knapp 140.000 Personen), wäre schon der Begriff der Zwangsausiedlung, geschweige denn der Vertreibung, irreführend. Bereits in diesen Jahren dürfte die Zahl der freiwillig Ausreisenden – die in Polen schlicht nicht bleiben wollten – größer gewesen sein als der der Ausgesiedelten. ...

Blickt man auf den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1950 zurück, in dem etwa 3,5 Millionen Deutsche Polen verlassen mußten, fallen vor allem drei Umstände auf. Erstens die extrem unterschiedlichen Lebensbedingungen der Deutschen: Das meiste Leid erlitten jene, die in die Lager kamen (wobei die Unterschiede zwischen den einzelnen Lagern ebenfalls beachtlich waren). Unter den weniger als 200.000 Toten unter polnischer Herrschaft dürften gerade die Lagerinsassen die Mehrheit ausgemacht haben.

Die meisten verloren nach und nach den ganzen oder fast den ganzen Besitz. Zehntausende leisteten innerhalb und außerhalb der Lager Zwangsarbeit, ebenfalls unter unterschiedlichen Bedingungen. Zehntausende arbeiteten in polnischen Betrieben, ohne Zwangsarbeiter zu sein, ein Teil davon als unentbehrliche Fachleute, die vor dem polizeilichen Zugriff offiziell geschützt und entsprechend entlohnt wurden. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die anglo-amerikanische Einstellung zur Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/196-198): >>Obwohl das in Amerika und Großbritannien nicht unbedingt Tabu ist, so hat die Presse die Vertreibung der Deutschen doch niemals ausführlich behandelt. Die meisten Amerikaner und Briten wissen kaum, daß sie überhaupt stattgefunden hat, und noch weniger, daß die westliche Zustimmung zum Prinzip der gewaltsamen Umsiedlung die amerikanische und britische Regierung zu Helfershelfern dieser unmenschlichen Unternehmung gemacht hat. Gewiß sind die Westmächte nicht in dem Maße verantwortlich wie die vertreibenden Staaten, aber zweifellos hat erst die anglo-amerikanische Zustimmung zum Grundsatz der Zwangsumsiedlung die Katastrophe von 1945-48 möglich gemacht.

... Die drakonischen Maßnahmen, die den Deutschen aus den Ostgebieten aufgezwungen wurden, hat man nachträglich als "Vergeltung" für die unsagbaren NS-Verbrechen im Osten zu rechtfertigen versucht. Nur traf diese Art "Vergeltung" nicht nur NS-Funktionäre – also die "Täterseite", gemäß einer heute gebräuchlichen Formulierung – sondern in erster Linie die "Frauen und Kinder, die Armen und die Kranken"; letztlich also die ganze Bevölkerung – ohne Rücksicht auf den Grad individueller Schuld oder gar Schuldlosigkeit. ...

Man sollte hier vor der verwerflichen Tendenz warnen, die Vertreibung nachträglich als logische Folge der Hitler-Verbrechen hinzustellen - oder gar zu legitimieren. Im Hinblick auf In-

dividualität des Leidens darf man die Opfer der Vertriebenen weder bagatellisieren, noch gegen die NS-Verbrechen aufrechnen oder der Vergessenheit preisgeben. Heute neigt man in Großbritannien und in Amerika dazu, die Vertreibung der Deutschen nur vor dem Hintergrund von Auschwitz zu sehen. Diese Sicht ist historisch falsch, denn es gab keinen kausalen Nexus (ursächlichen Zusammenhang).

Die Vertreibung war schon deshalb keine "Antwort" auf die während des Krieges noch gar nicht in ihrem vollen Ausmaß bekannt gewordenen NS-Greuel, weil sie einem von den polnischen und den tschechischen Exilregierungen schon lange vorher ins Auge gefaßtem Ziel entsprach, das sie im Laufe des Krieges durchsetzen wollten. Diese heute von vielen Anglo-Amerikanern gebräuchliche Betrachtungsweise ist auch moralisch höchst fragwürdig, denn sie akzeptiert stillschweigend die Auffassung, man dürfe die an Schuldlosen begangenen Verbrechen durch Verbrechen an wiederum Unschuldigen vergelten.

Die Deutschen sind mit dem Erbe Hitlers belastet, und Auschwitz wird auch in Zukunft seinen Schatten über ihre Geschichte werfen. Man sollte freilich auch wissen, daß es weder im Zweiten Weltkrieg noch in der gesamten Weltgeschichte ein Leidensmonopol gab oder gibt. Aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ist mit Ehrfurcht zu gedenken. Es würde gegen das wissenschaftliche Ethos verstoßen, ließe man die Vertreibung der Deutschen "unaufgearbeitet". Die Verharmlosung dieser Ereignisse bedeutete Hohn und Unbarmherzigkeit den Opfern gegenüber. ...

Jedenfalls müssen wir alle begreifen, daß die Vertreibung nicht nur ein historisches, sondern vornehmlich ein menschenrechtliches Problem darstellt. Menschenrechte sind aber unteilbar. Damit ist eine unterschiedliche Beurteilung schwerster Menschenrechtsverletzungen aufgrund unterschiedlicher Maßstäbe unzulässig. Auch der Gedanke der Kollektivschuld ist ein für allemal zu verwerfen, sei es einer deutschen Kollektivschuld für NS-Greuel, sei es einer osteuropäischen oder anglo-amerikanischen für die Vertreibung. Victor Gollancz hat diesen Gedanken bereits in seiner Londoner Rede, 1947, als "unsinnigen, unliberalen, antichristlichen, beklagenswert nazistischen Gedanken" verurteilt. ...

Für die Deutschen und für Deutschland stellt die Vertreibung ohne Zweifel die gravierendste Kriegsfolge dar. Für die Anglo-Amerikaner hingegen aber auch für die Osteuropäer bleibt sie eine moralische Hypothek. Der Londoner Economist schrieb bereits 1945, ... daß nämlich die Alliierten den Krieg gegen Hitler mit einem Frieden in Hitlers Stil beendet hätten. Es geht also nicht an, die Ungeheuerlichkeit der Vertreibung zu bestreiten; auch in Zukunft wird man sie nicht leugnen können. In diesem Sinne soll die Erinnerung wachgehalten werden. Dies darf aber nicht nur die Aufgabe der Historiker sein.

Diese Aufforderung geht an uns alle. ...<<

Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schreibt später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/231-232,239,241): >>... Ethnische Säuberungen sind immer mit Gewalt verbunden. Menschen geben ihre Häuser nicht freiwillig auf. Sie müssen verjagt werden, manchmal auf die brutalste Weise. Während aber im Krieg im allgemeinen bewaffnete Männer ihren Willen, ihre Maschinen und ihre Zahl aneinander messen, stehen sich bei der ethnischen Säuberung meist ein bewaffneter Täter und ein unbewaffnetes Opfer gegenüber, fast immer ein bewaffneter Mann und eine unbewaffnete Frau, ein Kind oder ein alter Mensch. Die Gewalt geschieht aus der Nähe und sie ist heimtückisch. ...<<

>>... Ethnische Säuberung umfaßt nicht nur die Deportation ganzer Völker, sondern auch die Auslöschung der Erinnerung an ihre Anwesenheit. Die physischen Überbleibsel der Nation werden als erste zerstört. ...<<

>>... An ethnischen Säuberungen ist nichts "Sauberes". Sie sind von Gewalt und Brutalität in ihrer extremsten Form durchgesetzt. Ethnische Säuberung ist aber mit Verbrechen gegen das

Eigentum, also Raub und Diebstahl, ebenso verbunden wie mit denen gegen Menschen, sowohl durch den Staat als auch durch Einzelpersonen.

Obwohl die Motive für die Vertreibungen primär politisch und ideologisch, nicht ökonomisch waren, herrschte in allen Fällen die Idee vor, die Opfer – Griechen und Armenier, Juden, Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren, Deutsche, Bosnier und Kosovo-Albaner – seien reich und überdies durch die Ausbeutung ihrer dominierenden Nachbarn reich geworden. Aus diesem Grund verdienten sie es, enteignet und beraubt zu werden. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.

Die Vertriebenen sind im Übrigen rassistisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<

21.11.1945

WBZ: Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) begründet am 21. November 1945 in Nürnberg die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes (x111/106): >>... Dieser Prozeß stellt das Ergebnis der Bemühungen von vier mächtigen Nationen in Gemeinschaft von anderen Ländern dar, das internationale Recht anzuwenden, um des großen Übels der Gegenwart Herr zu werden, nämlich des Angriffskrieges.<<

Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautet wie folgt (x129/159): >>... Der Gerichtshof hat das Recht, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen zu haben.

Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, die unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fallen und für die persönliche Verantwortung besteht:

a) Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung und Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder an einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;

b) Kriegsverbrechen: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zu Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der entweder aus einem besetzten Gebiet stammenden oder dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.

c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, verstieß oder nicht.

Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<

Während die 20 Hauptangeklagten die Schuldfrage am 21. November 1945 verneinen, erklärt die Verteidigung (x111/106): >>... Der jetzige Prozeß kann sich, soweit er Verbrechen wider

den Frieden ahnden soll, nicht auf geltendes Völkerrecht stützen, sondern ist ein Verfahren aufgrund eines neuen Strafgesetzes, eines Strafgesetzes, das erst nach der Tat geschaffen wurde. Dies widerstrebt einem in der Welt geheiligten Grundsatz der Rechtspflege.<<

22.11.1945

WBZ: Die britische Militärregierung veröffentlicht am 22. November 1945 eine "Anweisung über Erziehung, Jugendpflege und deutsche kirchliche Angelegenheiten" (x117/84): >>... Jeder Unterricht in irgendeinem Fach (ist) verboten, ... wodurch ... der Militarismus verherrlicht wird, die Lehren des Nationalsozialismus verbreitet, erneuert oder entschuldigt werden oder wodurch die Leistungen nationalsozialistischer Führer gepriesen werden; ... eine Politik der unterschiedlichen Behandlung aus Gründen der Rasse, Farbe, politischen Anschauung oder Religion begünstigt wird; Feindschaft gegen irgendeine Nation erzeugt oder internationale Uneinigkeit geschaffen werden kann, oder ... Krieg, Mobilmachung oder Vorbereitung zu Krieg ... erläutert oder das Studium von militärischer Erdkunde oder Kriegsgeschichte gefördert wird.<<

November 1945

USA: Das amerikanische Magazin "TIME" berichtet im November 1945 über die Nürnberger Prozesse (x353/37): >>... Was immer für Gesetze die Alliierten für die Zwecke des Nürnberger Prozesses aufzustellen versuchten, die meisten dieser Gesetze haben zur Zeit, als die Taten begangen wurden, noch nicht existiert. Seit den Tagen Ciceros ist eine Bestrafung ex post facto von den Juristen verdammt worden.<<

03.12.1945

Großbritannien: Die "Deutschland Abteilung" des britischen Foreign Office berichtet am 3. Dezember 1945 (x028/224): >>Genau so, wie wir in Potsdam von den Russen betrogen wurden, als sie behaupteten, daß nur anderthalb Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollmission gemeldet wurden, selbst wenn man annimmt, daß bereits 5 Millionen nach Deutschland getrieben worden sind.

Wie man glauben kann, daß das Deutschland von heute diese verhungerte Bevölkerung von bis zu 14 Millionen Menschen aufnehmen kann, übersteigt meine Vorstellungskraft. ...<<

04.12.1945

Frankreich: Das französische Kabinett verlangt am 4. Dezember 1945 für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).

USA: Nordamerikanische Senatoren berichten am 4. Dezember 1945 über die Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten (x028/225-226): >>... Wir wurden durch die Politik der russischen Regierung gehindert, in Ostdeutschland einzureisen, doch wissen wir durch authentische (glaubwürdige, verbürgte) Berichte, die wir durch Personen oder durch die Presse erhielten, daß die Verhältnisse dort durch das Vorgehen der sowjetischen Regierung und das Verhalten der sowjetischen Truppen über alle Begriffe furchtbar sind.

Nach Augenzeugenberichten bilden Raub und Plünderungen, Krankheiten, Vergewaltigungen und unterschiedslose Morde eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschichte. Mit Worten lassen sich die Verhältnisse dort nicht wiedergeben. Die Tugend der Frauen und der Wert des menschlichen Lebens sind die heiligsten Güter des zivilisierten Menschen, doch in dem von Rußland besetzten Deutschland von heute sind sie das Wertloseste. ...

Tausende sind ermordet worden, Tausende von Frauen vergewaltigt, und es herrschen Lebensbedingungen, die über die Vorstellungskraft der zivilisierten Welt hinausgehen.<<

05.12.1945

WBZ: Das "Börsenblatt des deutschen Buchhandels" berichtet am 5. Dezember 1945 über die Aufhebung der Vorzensur (x111/110-111): >>... Lediglich Titel und zusammenfassende Be-

richte sind an die Dienststellen der Publikations-Sektion vor Beginn der Arbeiten einzusenden. Mehr noch als bisher liegt nunmehr die Verantwortung für das neue Schrifttum auf den Verlegern. Wir hoffen, daß sie sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig erweisen.<<

06.12.1945

WBZ: Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 6. Dezember 1945 (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.<<

08.12.1945

Großbritannien: Der britische Philosoph Bertrand Russell (1872-1970) berichtet am 8. Dezember 1945 im "New Leader" über die Massenvertreibung der Ostdeutschen (x044/197): >>Ohne Vorankündigung werden Frauen und Kinder zu den Zügen getrieben, jeder nur mit einem Koffer, der ihnen meistens noch geraubt wird. Die Bahnfahrt nach Berlin dauert Tage, Verpflegung gibt es keine. Viele sind tot, wenn sie in Berlin ankommen. Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. ...

Bergen-Belsen noch einmal - Tote werden auf rohen Pritschenwagen weggekartt. ... Ein großer Teil der von Haus und Hof Vertriebenen wird nicht mit der Bahn abtransportiert, sondern muß zu Fuß nach Westen wandern. ...<<

12.12.1945

Frankreich: Außenminister Bidault erklärt am 12. Dezember 1945 während einer Pressekonferenz erneut, daß man der Errichtung einer deutschen Zentralregierung nur zustimmen kann, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich abtrennt (x111/113).

13.12.1945

UdSSR: Ilja Ehrenburg schreibt am 13. Dezember 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet Weekly" über den in Nürnberg angeklagten NS-Judenhetzer Streicher (x046/157): >>Streicher war verantwortlich für den Tod von Millionen von Juden. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) schreibt später über Julius Streicher und Ilja Ehrenburg (x046/157): >>... Streicher befand sich 1945/1946 unter den Angeklagten vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg, er wurde schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt, weil, wie es in der Urteilsbegründung heißt, er, "in seinen Woche um Woche, Monat um Monat erscheinenden Reden und Artikeln die Gedankengänge der Deutschen mit dem Giftstoff des Antisemitismus verseuchte und das Deutsche Volk zur aktiven Verfolgung der Juden aufhetzte". "Ein Leitartikel im September 1938", so wird gesagt, "war typisch für seine Lehren, in denen der Jude als Bazillus und Pest bezeichnet wird und nicht als menschliches Wesen." Streicher habe unmißverständlich zur Vernichtung der Juden aufgerufen.

Wenn er also unter dem Anklagepunkt 4 (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) in Nürnberg zum Tode durch den Strang verurteilt worden ist - was ist dann erst von Ehrenburg zu sagen, der über Jahre hinweg "Woche um Woche, Monat um Monat", ja Tag für Tag, die Gedankengänge der Völker der Sowjetunion (und auch der westlichen Länder) mit dem Giftstoff des Antigermanismus verseuchte und zu aktiver Verfolgung und Tötung der Deutschen aufhetzte – und dies nicht in einem abgelegenen Winkelblatt ("DER STÜRMER"), sondern in den führenden Zeitungen der Sowjetunion in höchstoffiziellem Auftrag? Ist Streicher der "Judenhetzer Nr. 1" gewesen, dann erscheint es nicht nur berechtigt, sondern sogar notwendig, Ehrenburg den "Deutschenhetzer Nr. 1" zu nennen. ...<<

16.12.1945

SBZ: Die SMAD läßt am 16. Dezember 1945 die Universität Jena vorübergehend schließen, weil die Studentenschaft nicht auf eine eigene wissenschaftliche Betrachtung der politischen Themen verzichten will.

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 16. Dezember 1945 über das Grenzdurch-

gangslager Friedland (x123/31-32): >>16. Dezember 1945: Es ist Winter - und immer noch das gleiche Bild. In Friedland, in Bremke - an der "Grenze", wie man jetzt hier sagt - kommen immer neue Flüchtlinge an. Jede Woche, jeden Tag, ja jede Stunde. 19 Wellblechbaracken stehen nun auf dem feuchten Wiesengrund. Ohne Dielen, denn Holz ist knapp. Und die Menschen frieren jämmerlich.

Alle Personen, die Friedland durchlaufen, werden registriert, erhalten einen Meldeschein, kommen zum Arzt und müssen sich entlausen lassen. Im Lager ist eine richtige Verwaltung entstanden. Es gibt auch bereits einen Lagerleiter. Ständig kreischt ein Lautsprecher irgendwelche Namen von Gesuchten. Das betreuende Personal ist um diese Stellung nicht zu beneiden. Nerven gehören dazu. Und wer hat die noch? Nach solchen Jahren.

Täglich werden 2 Sonderzüge der (britischen) Militärregierung eingesetzt, um die Menschen in Richtung Westen oder Norden zu bringen. Aber an Ruhr und Rhein ist der Hunger schlimmer als in den landwirtschaftlichen Gebieten Norddeutschlands. Deshalb wollen die Engländer niemanden mehr in die zerbombten Städte lassen. Durch den Wald von Verordnungen gibt es jedoch immer irgendwo einen Durchschlupf.<<

17.12.1945

Berlin: Die AKR-Direktive Nr. 23 befiehlt am 17. Dezember 1945 die Auflösung aller deutschen Turn- und Sportvereine, um eine vormilitärische Körperertüchtigung zu verhindern (x111/114).

18.12.1945

WBZ: Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) beantragt am 18. Dezember 1945, die deutsche Regierung, die politischen Leiter, SS, SD, Gestapo, SA, Generalstab und die ehemaligen Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte kollektiv zu verurteilen und als "verbrecherische Organisationen" für schuldig zu befinden (x111/114).

Frankreich: In Frankreich befinden sich am 18. Dezember 1945 noch 709.260 deutsche Kriegsgefangene, von denen die Hälfte in der zivilen Wirtschaft eingesetzt wird (x111/114).

21.12.1945

Großbritannien: Nach den Nordamerikanern und Sowjets fordern auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).

USA: US-Präsident Truman erklärt am 21. Dezember 1945 (x025/120): >>... Wenn wir auch nicht wünschen ungebührlich grausam gegen Deutschland zu verfahren, kann ich doch nicht viel Sympathie für diese Leute aufbringen, die den Tod so vieler Menschen verursacht haben.

...

Bevor nicht das Unglück jener, die von Deutschland bedrückt und gequält wurden, vergessen ist, scheint es nicht richtig, unsere Bemühungen den Deutschen zugute kommen zu lassen.

Ich gebe zu, daß es natürlich viele Unschuldige in Deutschland gibt, die mit dem Naziterror wenig zu tun hatten. Aber die administrative Last, diese Leute herauszufinden, um sie anders als die übrigen zu behandeln, ist fast untragbar.<<

Das State Department meldet am 21. Dezember 1945, daß man schon über 2.034.000 sowjetische Staatsangehörige aus Westdeutschland abgeschoben hat. Die letzten 20.000 Russen sollen ungeachtet ihrer Wünsche und falls nötig mit Gewalt an die UdSSR ausgeliefert werden (x133/492).

22.12.1945

WBZ: Die britische Militärregierung beschlagnahmt am 22. Dezember 1945 alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).

Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verlassen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und werden von den Alliierten übernommen (Reparationen).

Ungarn: Die Nationalregierung beschließt am 22. Dezember 1945 eine Aussiedlungsverord-

nung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland (x008/91E-93E): >>Die Aussiedlungsverordnung.

Verordnung Nr. 12330/1945 ... über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland.

Das Ministerium ordnet bezüglich der Durchführung des Beschlusses des Alliierten Kontrollrates vom 20. November 1945 über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland auf Grund des Ermächtigungsgesetzes XI: 1945 § 15 folgendes an:

§ 1

Nach Deutschland umzusiedeln ist derjenige ungarische Staatsbürger verpflichtet, der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war.

§ 2

1) Die Vorschrift des § 1 bezieht sich nicht auf den Ehegatten und die minderjährigen Kinder einer Person nichtdeutscher Volkszugehörigkeit (Muttersprache) sowie auf die mit ihnen - auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern), wenn diese ihr 65. Lebensjahr schon vor dem 15. Dezember 1945 vollendet haben.

2) Die Vorschrift des § 1 findet keine Anwendung auf denjenigen, der ein aktives Mitglied einer demokratischen Partei oder wenigstens seit 1940 Mitglied einer in den Verband des Gewerkschaftsrates gehörenden Gewerkschaft war.

3) Die Vorschrift des § 1 findet auch auf diejenigen keine Anwendung, die sich zwar zur deutschen Muttersprache, aber zum ungarischen Volkstum bekannt haben, wenn sie glaubhaft nachweisen, daß sie wegen ihrer nationalen Treue zum Ungartum Verfolgungen erlitten haben.

4) Die in den Absätzen (2) und (3) geregelte Befreiung erstreckt sich auf die Ehefrau (Witwe), auf die minderjährigen Kinder (minderjährige Waisen) sowie auf die mit ihnen - auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern).

5) Die Befreiungen gemäß den Absätzen (2) und (3) finden keine Anwendung auf diejenigen, die ihren madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließen oder Mitglieder des Volksbundes oder irgendeiner faschistischen Organisation bzw. militärischen Formation waren.

6) In Fragen der Befreiung entscheidet die von dem Innenminister entsandte Kommission - unter Ausschluß der Rechtsmittel - endgültig.

§ 3

1) Das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen der Umsiedlungspflichtigen Personen ist - ohne Rücksicht darauf, ob sie sich im In- oder Ausland aufhalten - vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an als beschlagnahmt zu betrachten, der Eigentümer (Besitzer) kann nichts davon veräußern und kann es auch nicht belasten. Der Eigentümer (Besitzer) kann aus den beschlagnahmten Beständen (Lebensmittel, Futter, Brennmaterial usw.) nur die seinen ordentlichen Haushalts- und Wirtschaftsbedürfnissen entsprechenden Mengen verbrauchen.

2) Das beschlagnahmte Vermögen ist zu inventarisieren. Das zur Erstellung des Inventars und zur Verwahrung der in das Inventar aufgenommenen Gegenstände erforderliche Fachpersonal wird von den zuständigen Ministern zur Verfügung gestellt.

3) Der Innenminister bestimmt, welche beweglichen Güter der Umsiedlungspflichtige mit sich nehmen kann.

4) Ein Verstoß gegen die in Absatz (1) enthaltenen Verbote sowie die Beschädigung oder Vernichtung der beschlagnahmten Vermögensgegenstände stellt ein Verbrechen dar und wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 4

1) Die Umsiedlungspflichtigen Personen (§ 1) sind in jeder Gemeinde (Stadt) wohnhausweise zu registrieren und nach im gemeinsamen Haushalt lebenden Familien geordnet in ein Verzeichnis aufzunehmen. In ein besonderes Namensverzeichnis sind diejenigen aufzunehmen, die anlässlich der Registrierung von ihrem Wohnort abwesend waren.

2) Gesondert zu registrieren und in ein Namensverzeichnis aufzunehmen sind diejenigen, die - gemäß § 2 - von der Umsiedlungspflicht nicht betroffen werden.

3) Jede Behörde ist verpflichtet, die sich in ihrem Bezirk befindlichen und für den Zweck der Registrierung erforderlichen Angaben dem Gemeindevorstand zur Verfügung zu stellen.

§ 5

1) Das Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen ist an der Mitteilungstafel der Gemeinde (Stadt) auszuhängen.

2) Die in das Namensverzeichnis aufgenommenen Personen können ihren Wohnort nur mit Genehmigung der Gemeindepolizeibehörde verlassen. Eine solche Genehmigung kann nur ausnahmsweise in begründeten Fällen erteilt werden.

3) Diejenigen, die ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen oder sich der Umsiedlungspflicht entziehen, sind bis zu ihrer Umsiedlung in Polizeigewahrsam zu nehmen (internieren), ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen aber ist einzuziehen.

4) Der Innenminister kann in Gemeinden, in denen dies im Interesse einer ungestörten Abwicklung der Umsiedlung notwendig erscheint, besondere Verkehrsbeschränkungen erlassen.

§ 6

1) Zur Lenkung und Überwachung der Durchführung der Umsiedlung kann der Innenminister Ministerbeauftragte entsenden.

2) Die vom Ministerbeauftragten, im Zusammenhang mit der Umsiedlung erlassenen Verfügungen, müssen von jeder Verwaltungsbehörde und Dienststelle unverzüglich durchgeführt werden. Der Ministerbeauftragte verfügt über die bei der Durchführung erforderlichen Sicherungskräfte.

§ 7

1) Die für die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Einzelvorschriften erläßt - im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern - der Innenminister.

2) Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft, für ihre Durchführung sorgt der Innenminister.

Budapest, den 22. Dezember 1945

Tildy Zoltán

Ministerpräsident ...<<

Frankreich: Bei der Reparationskonferenz in Paris wird am 22. Dezember 1945 entschieden, daß folgende Länder Entschädigungen erhalten sollen (x111/115-116):

>>Vereinigte Staaten = 28,00 % Kategorie A und 11,80 % Kategorie B,

Großbritannien = 28,00 % Kategorie A und 27,80 % Kategorie B,

Frankreich = 16,00 % Kategorie A und 22,80 % Kategorie B,

Jugoslawien = 6,60 % Kategorie A und 9,60 % Kategorie B,

Niederlande = 3,90 % Kategorie A und 5,60 % Kategorie B,

Belgien = 2,70 % Kategorie A und 4,50 % Kategorie B,

Tschechoslowakei = 3,00 % Kategorie A und 4,30 % Kategorie B,

Kanada = 3,50 % Kategorie A und 1,50 % Kategorie B,

Griechenland = 2,70 % Kategorie A und 4,35 % Kategorie B,

Ägypten = 0,05 % Kategorie A und 0,20 % Kategorie B.

Kategorie A (die Reparationen, die aus deutschen Guthaben, deutschem Goldbesitz und aus den Bezügen der laufenden Produktion geleistet werden).

Kategorie B (Reparationen, die aus Fabrikeinrichtungen, Maschinen und Schiffen bestehen).<<

24.12.1945

UdSSR: Deutsche Kriegsgefangene berichten später über Heiligabend 1945 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/332-333): >>... Wir starrten trübselig durch die Fenster auf die Lichter und lagen bald auf den harten Pritschen. Jeder hatte Angst, es könnte einer zu singen anfangen

...

In einem Winkel der Baracke wurde ein Adventslied angestimmt. Niemand war nach Singen zumute. Der Hunger und die Müdigkeit, Elend und Gier machten die Seele matt.

Einer nach dem anderen richtete sich auf, dem Gesang zu lauschen und schließlich war auch kein Herz mehr der Botschaft verschlossen, die das Lied verhieß. ...

Und dann kam also das Essen, von dem wir wochenlang vorher gesprochen hatten: Am Weihnachtstag gab es Pellkartoffeln und Hering. Diese Pellkartoffeln bestanden aus fünf winzigen halbverfaulten kleinen Kartoffelchen und einem halben, ganz verfaulten Hering. Und die Enttäuschung, na, also wirklich riesig.

Und dann haben wir versucht zu singen, Stille Nacht, heilige Nacht, was natürlich nicht funktionierte, weil einigen Leuten die Tränen in die Augen kamen. Und dann mußte ich aufstehen, weil mir ganz übel war. Und dann passierte das für einen Kriegsgefangenen schrecklichste. Ich mußte diesen Hering und diese Kartoffeln wieder von mir geben, diese wertvollen Kalorien; und das ist eine Katastrophe.<<

Vatikan: Papst Pius XII. fordert die Siegermächte am 24. Dezember 1945 auf, die Vertreibung der Deutschen rückgängig zu machen (x024/219): >>... Daher richten wir an die Staatsmänner, die über die Geschicke der Menschheit entscheiden, die dringlichste Bitte, den Millionen vertriebener Deutscher ihr Land und ihre Heimat wieder zurückzugeben und sie vor der Verzweiflung zu retten.<<

Papst Pius XII. kritisiert ferner kollektive Strafuweisungen (x025/157): >>... Ich habe ein reines Gewissen, ich bin frei von Schuld? Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß: beides ist dem Herrn ein Greuel.

Wer also Sühne für Schuld verlangt, durch gerechte Bestrafung der Verbrecher nach dem Maß ihrer Verbrechen, muß peinlich darauf achten, daß er nicht das Gleiche tue, was er den anderen als Schuld oder Verbrechen vorhält. ...<<

27.12.1945

WBZ: Die US-Militärzeitschrift "ARMY TALKS" veröffentlicht am 27. Dezember 1945 Verhaltensregeln für nordamerikanische Soldaten (x124/81-82): >>... Sei mißtrauisch gegen jedermann. Prüfe sorgfältig, was sie dir erzählen. Äußere nichts Abfälliges über die USA, die Armee, unsere Verbündeten.

Melde sofort verdächtige Nazis oder Verstöße gegen Befehle der Militärregierung und Anordnungen lokaler Behörden. ...

Verhalte dich immer wie ein guter Soldat. Achte auf deine Uniform und benimm dich ordentlich in der Öffentlichkeit. Vergiß nie, daß du als Eroberer hier bist und nicht als Befreier.

Entlarve die Lügen, an die Deutsche mit ihrer Nazi-Schulung unbewußt glauben. Und vergiß nie ihre schlechten Eigenschaften, wenn du ihre guten bewunderst.

Wirb für die Demokratie, wann immer sich Gelegenheit bietet. Wenn du in ein Fräulein verliebt bist, dann verkaufe dich nicht ihretwegen an Deutschland.

Sei höflich aber kurz angebunden mit Deutschen. Alle Deutschen sind Schuld am Kriege. ...<<

30.12.1945

Frankreich: Die AFP-Nachrichtenagentur veröffentlicht am 30. Dezember 1945 erstmalig amtliche Zahlen über die französischen Menschenverluste des Zweiten Weltkrieges (x043/119): >>... Danach beträgt die Zahl der Kriegsoffer 500.000, und zwar 200.000 Soldaten, von denen 150.000 im Kampfe gefallen sind, und 50.000 in den deutschen Kriegsgefangenenlagern gestorbene Militärpersonen.

160.000 Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder, von denen 30.000 zwischen dem 10. Mai und 25. Juni 1940 getötet wurden, 40.000 Füsilierte (standrechtlich Erschossene) und 90.000 Zivilopfer bei den (militärischen) Operationen, die nach dem 25. Juni 1940 stattfanden.

Von den 90.000 zivilen Opfern haben 80.000 während der 6 ersten Monate des Jahres 1944 in der Normandie den Tod gefunden.

Dazu kommen noch 97.000 französische Juden und 43.000 andere Franzosen, die nach Deutschland deportiert und in den Gaskammern getötet wurden.<<

Dezember 1945

WBZ: In den westdeutschen Besatzungszonen sind im Dezember 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt und 50 % leiden an Hungerschäden (x117/28). Viele Kinder haben aufgedunsene Leiber sowie geschwollene Beine und Füße. Diese Hungerödeme bzw. Ansammlungen von Gewebswasser unter der Haut und in den Körperhöhlen entstehen durch Unterernährung und Vitamin- sowie Kalorienmangel.

Ein Zeitzeuge berichtet damals über den Alltag im Westen (x073/218): >>Unsere Tagesverpflegung sieht etwa so aus. Morgens eine Tasse Kaffee oder auch nichts, Frühstück fällt aus. Mittags einen halben Liter Kaffee zu geröstetem Brot, abends 18-20 Uhr, je nachdem wie der Ofen brennt (Gas gibt es bei uns noch nicht und elektrischer Strom ist rationiert) zusammengefaßtes Mittag- und Abendessen: eine Mehltunke mit Kartoffeln, Mehlklöße oder Brot, was man gerade so hat, Vielleicht dann um 22 Uhr noch eine Tasse Mehlsuppe, solange der Vorrat reicht. ...

Die Hausfrauen haben es sehr schwer. Gibt es mal Fleisch, hat man keine Kartoffeln, hat man Kartoffeln, ist kein Fett zu bekommen usw. Und wir haben ewig Hunger. Wir sind dünn geworden wie Gandhi und manchmal wird uns auf der Straße ganz schwindlig. ...<<

USA: Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlauben, verbieten die Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Obwohl die Hilfsgüter ausdrücklich für Deutschland bestimmt sind, schlagen die US-Militärbehörden vor, diese Spenden in den osteuropäischen Ländern zu verteilen.

Trotz bitterer Kälte und großer Hungersnot verbietet US-Präsident Truman im Dezember 1945 die Verteilung von privaten Hilfsgütern, die überwiegend aus Irland und der Schweiz kommen, an die deutsche Bevölkerung.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die fehlende Hilfsbereitschaft des US-Präsidenten Truman (x028/151): >>... Diese Entscheidung wirkte sich bei den Heimatvertriebenen besonders verheerend aus, "deren Lage viel prekärer war als die der übrigen Bevölkerung.

Schließlich konnten ab 1946 Spenden in die amerikanische, ab April auch in die sowjetische Zone geliefert werden. Doch Zehntausende von Deutschen waren inzwischen verhungert, und viele mußten noch sterben, ehe die Spendenvorräte des Internationalen Roten Kreuzes sie erreichen konnten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen

starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche (der Zivilbevölkerung) das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<